

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 09/2015 vom 22. Oktober 2015, 17:30 Uhr, Gymnasium Thun-Schadau

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsident Thomas Hiltbold Peter Aegerter, Martin Allemann, Heidi Anderes, Alfred Blaser, Christine Buchs, Piero Catani, Adrian Christen, Michael Dähler, Andrea de Meuron, Philipp Deriaz, Susanna Ernst-Reusser, Beat Grimm, Roman Gugger, Daniela Huber Notter, Sabine Kaufmann, Alain Kleiner, Barbara Klossner-Beer, Nicole Krenger, Alice Kropf Khan, Andreas Kübli, Nora Läng, Serge Lanz, Manfred Locher, Lukas Rohr, Sandra Rupp Gyger, Daniel Schenk, Reto Schertenleib, Carlo Schlatter, Verena Schneiter, Franz Schori, Simon Schweizer, Reto Vannini, Markus van Wijk, Daniela Weber, Till Weber, Simon Werren
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Marianne Dumermuth, Gemeinderäte Roman Gimmel, Konrad Hädener und Peter Siegenthaler
Ferner	Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller
Sekretariat	Stadtratssekretär Remo Berlinger Protokollantin Laura Erni
Entschuldigt	Jonas Baumann-Fuchs, Lukas Lanzrein, Matthias Wiedmer
Schluss der Sitzung	18:40 Uhr

Der Stadtratspräsident eröffnet mit dem traditionellen Glockenschlag die Sitzung an diesem besonderen Ort, im Gymnasium Thun Schadau. Er freut sich, dass der Stadtrat für einmal an einem anderen Ort tagen kann und das an einem so bedeutenden Bildungsstandort der Stadt Thun. Er begrüsst besonders die zahlreich anwesenden Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrpersonen sowie weitere interessierte Personen. Der Stadtrat hat diesmal kein Heimspiel, er befindet sich nicht im alt ehrwürdigen Stadtratsaal, wo die Debatten vor meist leeren Rängen stattfinden. Heute ist ein Auswärtsspiel, welches bis jetzt vor einem freundlich gesinnten und angenehmen Publikum stattfindet. Es ist eine beeindruckende Kulisse. Heute geht es nicht um Gewinnen und Verlieren wie im Sport, heute soll der Dialog zwischen den Jugendlichen und den Lokalpolitikern im Vordergrund stehen. Beide Seiten können, wenn gut zugehört wird, nur gewinnen. Die Jugendlichen können erfahren, was Politik hier in Thun bedeutet, fernab der lauten nationalen Politik. Die Lokalpolitik kann von den Jugendlichen profitieren, der Zukunft von Thun, die Fragen und Anliegen aufzunehmen und umzusetzen. Er weist auf den dreiteiligen Sitzungsablauf hin. Zuerst findet ein ordentlicher Ablauf einer Stadtratssitzung statt, im bewusst gekürzten Rahmen. Dann sind die Jugendlichen an der Reihe; sie werden, die in den Klassen vorbereiteten Arbeiten vortragen und der dritte Teil soll die Zusammenführung sein mit Apéro, wo die Möglichkeit besteht miteinander ins Gespräch zu kommen. Er freut sich auf spannende und vergnügliche Momente mit den Jugendlichen.

74. Protokoll

Das Protokoll wird vom Rat stillschweigend genehmigt.

75. Familienergänzende Kinderbetreuung

Bewilligung eines Verpflichtungskredites für eine wiederkehrende Ausgabe für die Zeit von 1. Januar 2016 bis 31. Dezember 2018.

Bericht des Gemeinderates Nr. 29/2015

Gemeinderat Peter Siegenthaler informiert, dass die Stadt Thun in den letzten Jahren im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung grosse Fortschritte gemacht hat. So konnten beispielsweise die Wartezeiten für Kita-Plätze durch zusätzliche Plätze und interne Massnahmen reduziert werden. Die zusätzlichen fünf Plätze, um die es in dem Geschäft geht, sollen der Stiftung Kinderkrippe zugewiesen werden. Dabei handelt es sich um einen bewussten Entscheid des Gemeinderates. Die Stiftung Kinderkrippe hat ein bevorstehendes Bauprojekt, welches neue Kita-Plätze schaffen soll. Der Gemeinde- und Stadtrat wurde darum gebeten, der Stiftung Kinderkrippe aus diesem Grund neue Plätze zuzusprechen. Bei der Anzahl der neuen Plätze handelt es sich um einen politischen Kompromiss. Er weist darauf hin, dass die Betreuungsgutschriften nicht im Verantwortungsbereich der Abteilung "Soziales", sondern bei der Gesundheits- und Fürsorgedirektion liegen. Diese überarbeiten zurzeit die ASIV-Verordnung. Bern als Pilotstadt ist momentan die einzige Stadt, die mit Betreuungsgutschriften arbeiten darf. Es wird allerdings vermutet, dass dieses Modell in Zukunft auch an anderen Orten verwendet werden kann.

Sandra Rupp Gyger, **SP-Fraktion**, weist auf einen ersten grossen Schritt hin, der Ende 2013 mit der Bereinigung der Anmeldeleiste gemacht wurde. Damit wurde ein Situationsüberblick geschaffen und der Handlungsbedarf sichtbar gemacht. Eine regelmässige Bereinigung der Liste, wie es im Bericht vermerkt wurde, ist erwünscht. Es ist fragwürdig, ob eine maximale Wartezeit von 6 Monaten sinnvoll und im Sinne der Eltern ist. Unklar ist auch, ob die 13 beantragten Plätze vom Kanton bewilligt werden oder nicht plötzlich auch noch einen Einfluss auf die Warteliste haben. Die Fraktion empfindet das Geschäft als einen Schritt in die richtige Richtung, nicht aber als Ziel. Bisherige Erfahrungen mit Eltern, die ihre Kinder frühzeitig für Kita-Plätze angemeldet haben, sind möglicherweise auf die bekannte lange Wartezeit zurückzuführen. Schwierig wird es bei plötzlichen beruflichen Wechsels, bei denen jemand eine Stelle in Aussicht hat, sich aber zuerst um einen Kita-Platz kümmern muss. Die Vision der Fraktion wurde in vielen Ländern schon umgesetzt: Eine Garantie für Kita-Plätze mit einer kurzen, maximalen Wartezeit von 3 Monaten. Die Fraktion hofft, dass auch in Zukunft weitere Optimierungsmöglichkeiten gesucht werden und das Thema "familienergänzende Kinderbetreuung" mit diesem Geschäft nicht abgeschlossen ist. Die SP-Fraktion stimmt dem Geschäft zu.

Reto Schertenleib, **SVP/FDP-Fraktion**, weist auf eine gewisse Kongruenz in dem Geschäft hin. Einerseits verlangte das damalige überwiesene Postulat kürzere Wartezeiten, was dem Legislaturziel einer familienfreundlichen Stadt entspricht. Die Fraktion dankt dem Gemeinderat für die finanzpolitisch verträgliche Lösung von 5 neuen Plätzen. Ein Kita-Platz kostet viel, auch wenn er vom Kanton übernommen wird. In Thun gibt es genügend Kitas. Bei Privaten kann sogar eine Überkapazität an Plätzen festgestellt werden. Wartelisten bestehen nur bei subventionierten Kitas. Dies verwundert nicht, wenn man betrachtet, dass auch Familien mit einem hohen Einkommen subventionsberechtigt sind. Die Fraktion wundert sich, dass die linken Parteien Subventionierungen bei so hohen Einkommensverhältnissen tolerieren. Würde man die Obergrenze bei den Subventionierungen halbieren, dann gäbe es wahrscheinlich keine Wartelisten mehr. Es wird kritisiert, dass die fünf Plätze der stadtnahen Stiftung Kinderkrippe zugewiesen werden. Die privaten Kitas, die noch freie Plätze haben, werden einmal mehr von der öffentlichen Hand konkurrenziert. Das Postulat betreffend Betreuungsgutscheinen könnte die Ungleichbehandlung lösen. Der Vorstoss soll im 2017, sobald die Verordnung über die sozialen Angebote revidiert und in Kraft gesetzt wird, geprüft werden. Dieser Systemwechsel wäre für die Eltern, für den Markt und die heute benachteiligten privaten Kitas vorteilhaft und würde die städtischen Kitas zudem entlasten. Die SVP/FDP-Fraktion folgt dem Antrag des GR, wenn auch nicht vorbehaltlos.

Andreas Kübli, **Fraktion der Mitte**, ist erfreut über die fünf neuen Plätze. Kritisiert wird die nicht offene Handhabung von subventionierten Plätzen. Nicht Kitas sondern Plätze sollten subventioniert werden. Bei dem Vorstoss von Stadträtin Sandra Rupp wurden kreative und innovative Lösungsvorschläge versprochen, wobei die Fraktion schon damals eine verstärkte Verantwortung der Erziehungsberechtigten und Eltern forderte. Beim Vorstoss zur Einführung der Betreuungsgutscheine wurde vom Gemeinderat vorgeschlagen, dass in der Zwischenzeit im bestehenden System Optimierungen vorgenommen werden können. Die Fraktion kritisiert, dass im Bericht von all dem nichts steht. Statt Optimierungen vorzunehmen wird so weitergefahren, wie bisher. Die neuen Plätze werden an eine durch die Stadt gesteuerte Kita gegeben. Die Fraktion kann die Quersubventionierung des Bauvorhabens der Stiftung Kinderkrippe und dessen Beeinflussung nicht gutheissen. Schlussendlich handelt es sich um einen freien Markt. Andere Kitas wurden weder angefragt noch berücksichtigt. Die Fraktion wünscht sich, dass solche brisante Punkte künftig im Bericht offengelegt werden. Die Stiftung Kinderkrippe ist von der Infrastruktur und vom Personal her völlig ausgelastet. Es wäre daher ökologisch und ökonomisch sinnvoller, die fünf Plätze einer Kita zuzusprechen, die noch nicht ausgelastet ist.

Andreas Kübli, **Fraktion der Mitte**, stellt zum letzten Punkt des Geschäfts folgenden **Änderungsantrag**: „3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt. Er wird insbesondere beauftragt, die Plätze in bestehenden, nicht ausgelasteten (privaten) Kitas unterzubringen“.

Reto Vannini, **BDP-Fraktion**, freut sich über die fünf neuen Plätze und die bereinigte Warteliste. Eine familienfreundliche Stadt ist eines der Legislaturziele und ein zentraler Punkt für die BDP. Die Fraktion stimmt dem Geschäft deshalb grundsätzlich zu. Über die Obergrenze der Subventionierung kann diskutiert werden. Für junge Paare ist eine familienfreundliche Stadt attraktiv, was wiederum interessant für die Stadt ist. Für Kinder und Jugendliche ist eine frühe Integration wichtig. Der Fraktion geht es um genügend Kita-Plätze. Betreffend Änderungsantrag ist die Fraktion gespannt auf die Antwort des Gemeinderates. Die BDP-Fraktion dankt dem Gemeinderat, freut sich auf weitere Diskussionen und stimmt dem Kreditantrag zu.

Roman Gugger, **Fraktion Grüne**, unterstützt den Antrag des Gemeinderates. Im Vergleich zu anderen Städten besteht in Thun noch Handlungsbedarf. Bei privaten Kitas gibt es mehr Plätze, dafür zahlt man auch sehr viel mehr. Nicht alle Eltern können sich das leisten.

Gemeinderat Peter Siegenthaler betont, dass alle Kitas privat sind. Der Stiftung Kinderkrippe werden die Plätze nicht aufgezwungen. Die Stiftung will die Plätze. Entsprechend werden Infrastruktur und Personal vorbereitet. In diesem Falle wird zugegebenermassen eine Kita bevorzugt. Im Vorfeld wurde bei allen Kitas nach freien Plätzen nachgefragt. Er unterstreicht, dass in den letzten zwei Jahren jeder beantragte Platz bewilligt wurde. Keine Kita musste auf etwas verzichten. Das Geschäft macht wenig Sinn, wenn der Änderungsantrag angenommen wird. Jede Kita würde die Plätze gerne nehmen. Die Plätze sind aufgrund des Bauprojekts für die Stiftung Kinderkrippe vorgesehen, die bisher keine Plätze beantragt

hat. Er bittet alle Räte, den Änderungsantrag abzulehnen und dem Vorschlag des Gemeinderates zu folgen.

Piero Catani (SP) beantragt einen kurzen Sitzungsunterbruch.

Der Rat stimmt dem kurzen Sitzungsunterbruch einstimmig zu.

Sitzungsunterbruch 18.05 Uhr bis 18.15 Uhr

Gemeinderat Peter Siegenthaler betont, dass das Geschäft keinen Sinn mehr macht, wenn die Plätze an andere Kitas vergeben werden.

Peter Aegerter (BDP) gibt zu Bedenken, dass durch eine Annahme des Änderungsantrages dem Gemeinderat mehr Handlungsfreiheit gegeben wird. Dies würde nicht ausschliessen, dass die Stiftung Kinderkrippe trotzdem bevorzugt wird. Auch der Zeitplan würde bei einer Annahme nicht gefährdet werden.

Andreas Kübli, Fraktion der Mitte, betont, dass das Geschäft in keiner Weise gefährdet ist. Es wird lediglich die Zuordnung der fünf Plätze in Frage gestellt.

Gemeinderat Peter Siegenthaler erläutert, dass der Gemeinderat nicht mehr Handlungsspielraum braucht oder will. Es handelt sich um ein Bekenntnis zum Anliegen der Stiftung Kinderkrippe, fünf neue Plätze zu erhalten. Er bittet die Räte um eine Ablehnung des Änderungsantrags.

Abstimmung

Beschluss-Ziffern 1 und 2 werden einstimmig angenommen.

Beschluss Ziffer 3: Der Änderungsantrag erhält 17 Stimmen, der Antrag des Gemeinderates erhält 19 Stimmen.

Der Rat genehmigt somit folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 Buchstabe b der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 11. September 2015, beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von maximal CHF 127'332, abzüglich der Elternbeiträge, als neue jährlich wiederkehrende Ausgabe zu Lasten der Laufenden Rechnung für fünf Plätze der familienergänzenden Kinderbetreuung für die Jahre 2016, 2017, 2018 gemäss den Grundlagen ASIV.
2. Sofern der Kanton in den kommenden Jahren zusätzliche Budgetmittel zur Verfügung stellt, beantragt die Stadt Thun die Finanzierung dieser Plätze über den Lastenausgleich.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt. Er wird insbesondere ermächtigt, den Vertrag mit der Stiftung Kinderkrippe im Sinne dieses Beschlusses abzuschliessen.

Der Stadtratspräsident schlägt vor, die Behandlung des Postulats P 8/2015 betreffend politisches Härzbluet für den FC Thun auf die nächste Sitzung zu verschieben, damit für den Kontakt mit den Jugendlichen ausreichend Zeit zur Verfügung steht.

Postulantin **Andrea de Meuron (Grüne)** ist mit der Verschiebung des Postulats einverstanden.

76. Postulat P 16/2015 betreffend Wiedererwägung der Baumfällaktion im Schadaupark

Andrea de Meuron (Grüne) vom 22. Oktober 2015; **Dringlichkeit**

Andrea de Meuron (Grüne) begründet die Dringlichkeit. Bei Einhaltung der regulären Behandlungsfrist werden die beiden Bäume schon gefällt sein, bevor etwas unternommen werden kann.

Der Gemeinderat stimmt der Dringlichkeit zu.

Der Rat stimmt der Dringlichkeit stillschweigend zu.

Mitteilungen

Der Stadtratspräsident verweist auf den zweiten Jugendzukunftstag am 2. April 2016 von 10-15 Uhr. Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 15 bis 22 Jahren haben die Gelegenheit, brennende Themen mit Politikerinnen und Politikern zu diskutieren. Interessierte PolitikerInnen werden gebeten, sich bis am 16. November 2015 beim Stadtschreiber Bruno Huwyler zu melden.

Der Stadtratspräsident gratuliert Stadtrat Adrian Christen für den 3. schweizerischen Solarpreis, den er für den Umbau eines Einfamilienhauses in Thun erhalten hat.

Der Stadtratspräsident dankt allen Beteiligten, die die Stadtratssitzung in diesem speziellen Rahmen ermöglicht haben. Ein besonderer Dank geht an Rektor Hans-Ueli Ruchti, an die Lehrerschaft, alle Schülerinnen und Schüler, an den Hauswart René Balduini, an die Leiterin Bistro, Pia Brechbühl, an Ratssekretär Remo Berlinger und an die Stadtkanzlei.

Eingänge

- Postulat 16/2015 betreffend "Wiedererwägung der Baumfällaktion im Schadaupark" (Dringlich)

Der Stadtratspräsident


Thomas Hiltbold

Der Stadtratssekretär


Remo Berlinger

2. Teil

Stadtratssitzung 09/2015 vom 22. Oktober 2015, 17:30 Uhr, Gymnasium Thun, Schadau

Die Gymnasiastinnen und Gymnasiasten begrüßen den Gemeinde- und Stadtrat im Gymnasium Thun Schadau und erhoffen sich einen vertieften Einblick in deren Arbeit. Mit einer „sehr komplizierten“ Definition von Politik laut Wikipedia eröffnen sie den zweiten Teil der Stadtratssitzung. Sie hoffen, dass der Begriff "Politik" nach dem heutigen Abend einigen etwas klarer erscheint.

Sie freuen sich über die Stadtratssitzung an diesem speziellen Ort und danken dem Stadtrat für die interessanten Diskussionen. Für viele der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten war dies die erste Stadtratssitzung. Ein vertiefter Einblick ins Thema "Politik" ist erwünscht. 120 Gymnasiastinnen und Gymnasiasten haben ein persönliches Statement aufgeschrieben, was sie an Politik interessant und/oder weniger interessant finden. Davon wurden die charakterstärksten ausgewählt. Zu beachten ist, dass die Vorlesenden nicht unbedingt die Verfasser der jeweiligen Aussage sind.

"Mich interessiert Politik nicht, weil es sehr kompliziert ist und ich Vieles nicht verstehe."

"Ich interessiere mich für die Politik, weil wir in der Schweiz die Möglichkeit haben, mitzureden und mitzubestimmen. Es ist auch sehr interessant, wie viel durch Politik beeinflusst wird."

"Das Interesse ist vorhanden, aber manchmal regt man sich auch darüber auf."

"Ich interessiere mich nicht für Politik, weil ich glaube, dass es leider ein bisschen zu viele Personen gibt, die über die Politik nur diskutieren und nicht wirklich nach Lösungen suchen. Ebenfalls bin ich auch noch nicht mündig"

"Ich interessiere mich für Politik, weil ich das Recht habe abzustimmen und dieses auch nützen will."

"Mich interessiert Politik, da es nicht nur schwarz und weiss gibt. Man muss zwischen den Zeilen lesen, um Entschiede zu verstehen und nachvollziehen zu können."

"Warum interessiere ich mich für Politik? 1. Es betrifft alle, 2. Besonders die Jungen sollten ihr Wahlrecht nutzen, da es auch um ihre Zukunft geht, 3. Es ist ein Privileg, mitbestimmen zu können - Jede Stimme zählt."

"Ich hoffe einfach, dass meine Mitmenschen gut entscheiden, da ich es noch nicht kann."

Die Mitglieder des Stadtrates werden gebeten, im Anschluss an die Gespräche mit den Gymnasiastinnen und Gymnasiasten ein Statement auf den dafür vorbereiteten weissen Plakaten zu hinterlassen.